

DIALOGFORUM – „Bund trifft kommunale Praxis“

Inklusionsgerechte Kommune – Gestaltungsperspektiven im Rahmen des KJSG

Dokumentation

Die Zukunft der Kinder- und Jugendhilfe ist multiprofessionell. Crossover denken + handeln!

Wirkungsdiallog, Veranstaltung des Dialogforums „Bund trifft kommunale Praxis. Inklusionsgerechte Kommune – Gestaltungsperspektiven im Rahmen des KJSG“, gefördert vom BMBFSFJ, 16./17. Juni 2025, Difu

Das Dialogforum „Bund trifft kommunale Praxis“, gefördert vom BMBFSFJ, begleitet den Diskurs um eine Modernisierung des SGB VIII seit 2017. Im Mittelpunkt dieser Veranstaltung stand die fachpolitische Frage, wie ein gelingendes Aufwachsen zukünftig generell aussehen und die Lebenssituation von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen und ihren Familien deutlich verbessert werden kann. Voraussetzung hierfür ist ein kontinuierlicher Diskussionsprozess zwischen dem BMBFSFJ und allen Akteursgruppen, die mit der Umsetzung einer inklusiveren Kinder- und Jugendhilfe befasst sind. Der Entwurf eines Gesetzes zur Ausgestaltung der Inklusiven Kinder- und Jugendhilfe (IKJHG) bildet hierfür aktuell die Basis.

Auf dieser Veranstaltung wurde darüber diskutiert:

- wie rechtsverbindliche systemübergreifende Bezüge und Rahmenbedingungen für mehr Kooperation zwischen den Systemen Jugendhilfe, Schule und Gesundheitswesen geschaffen werden können und
- wie eine ressortübergreifende Zusammenarbeit und multiprofessionelles Arbeiten so organisiert werden können, dass tatsächlich Hilfen und Leistungen aus einer Hand für Kinder und ihre Familien angeboten werden können und mehr Teilhabe möglich wird.

Gleichzeitig war die Tagung auch eine Zwischenbilanz auf dem Weg in eine inklusivere Kinder- und Jugendhilfe. Sie setzte den Schlusspunkt unter die laufende Förderperiode des Projekts „Dialogforum – Bund trifft kommunale Praxis“ und ist auch als möglicher Übergang in weitere gemeinsame Vorhaben mit dem Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend zu interpretieren, so **Prof. Dr. Carsten Kühn**, Wissenschaftlicher Direktor und Geschäftsführer, Deutsches Institut für Urbanistik, der die Tagung eröffnete. Als Finanzwissenschaftler verwies er darauf, dass in dieser Legislaturperiode viele Kosten und Ausgaben kommunaler Haushalte auf den Prüfstand gestellt werden, auch die Ausgaben der Kinder- und Jugendhilfe und der Eingliederungshilfe. Umso wichtiger sei es, aus den betroffenen Systemen insgesamt darüber nachzudenken, wie die Kinder- und Jugendhilfe zukunftsfest, krisensicherer und resilienter gestaltet werden könne.

Dr. Heike Schmid-Obkirchner, Unterabteilungsleiterin Kinder und Jugend, Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMBFSFJ), Berlin, betonte in ihrem Grußwort, wie wichtig der Austausch mit der Praxis auch in den nächsten Jahren sein wird. Aus ihrer Sicht gebe es zwei „große Baustellen“:

- 1) Hilfen aus einer Hand: Multiprofessionelles Arbeiten sei das A und O in der Praxis, die Implementierung eines inklusives Kinder- und Jugendhilfegesetzes sei ein wichtiges Thema im Ministerium. Hier müsse ein gangbarer Weg für Länder, Kommunen und freie Träger gefunden werden.
- 2) System- und rechtskreisübergreifende Zusammenarbeit: Arbeit könne in Zukunft nur gelingen, wenn Ressourcen gebündelt werden. Daher sei sehr zu begrüßen, dass auch das Thema Bildung jetzt im Ministerium verortet ist.

Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen heute: Veränderte gesellschaftliche Rahmenbedingungen und Handlungserfordernisse

Prof. Dr. Sebastian Kurtenbach, Professor für Politikwissenschaft mit Schwerpunkt Sozialpolitik, Fachhochschule Münster, sprach aus soziologischer Perspektive über zentrale Inhalte des Buches „Kinder – Minderheit ohne Schutz“, dessen Mitautor er ist. Er benannte gesellschaftliche Schiefen wie z.B.:

- bleibende Folgeschäden aus der Coronazeit bei Kindern und Jugendlichen, die psychisch belasteter sind als vorangegangene Generationen,
- die demographische Entwicklung, die u.a. aufzeigt, dass es bald mehr 60-jährige als 6-jährige geben wird,
- den sich verstärkenden Fachkräftemangel, wenn die Boomer-Generation absehbar in den Ruhestand geht.

Kinder seien in einer prekären Situation und sollten optimal gefördert werden. Dies brauche eine Kultur, die Kinder in das Zentrum der Gesellschaft stellt. Bisher verlassen aber ca. 50.000 Jugendliche jährlich ohne Schulabschluss die Schule. Das sei nur ein Indikator, der als Weckruf zu betrachten sei. Schulen müssten sich verändern und zu Community-Zentren werden. Hier brauche es auch ein anderes Verständnis von Stadt(teil) und eine Identifikation mit dem Wohnort. Vernetzung und Kooperation im Sozialraum haben aus seiner Sicht ein großes Potenzial als Zukunftsaufgabe. Für die Generation „superdivers“ sei es normal, gemeinsam mit Kindern unterschiedlicher Nationalitäten, Sprachen und religiösen Orientierungen zusammenzuleben. Gleichzeitig stelle sich die Frage, wie unter diesen Voraussetzungen eine Beseitigung von Ungleichheiten erfolgen könne.

In der **Diskussion** wurde von Teilnehmenden u.a. auf die wachsende Fluktuation in der Gesellschaft hingewiesen. Menschen wechselten ihre Kieze, eine echte Bindung an eine Kommune wieder herzustellen sei schwierig, flankierende Maßnahmen würden als zusätzliche Belastung wahrgenommen (Bsp. Familiengrundschulzentren). Eine große Herausforderung sei auch die Frage nach der Hoheit über bzw. der Steuerung der Angebote im Sozialraum. Hier gebe es bereits gute Beispiele. Die größte Herausforderung sei die ressortübergreifende Zusammenarbeit. Jugendhilfeakteure müssten sich noch mehr zu Anwälten von Kindern machen. Prof. Kurtenbach bestätigte dies, denn es gehe darum, die Breite der Gesellschaft für Interessen von Kindern zu mobilisieren, dazu gehöre es auch, mit „ungewohnten“ Partnern zu kooperieren.

Nicht, es geht nicht weil, sondern es kann gelingen, wenn ... Erfahrungen und Ergebnisse aus dem Dialogforum

Markus Schön, Stadtdirektor, Geschäftsbereich Bildung, Jugend, Arbeit, Sport, Migration und Integration, Krefeld, bot in seinem Vortrag einen Überblick über das, was das Dialogforum inhaltlich umgesetzt hat und Denkansätze, wo die Kinder- und Jugendhilfe seiner Meinung nach heute steht und was es zukünftig braucht. Mit Blick auf letzteres waren wichtige Stichworte u.a. Wohnen, Kinderarmut, Übergang Schule-Beruf, junge Menschen ohne Abschluss, mehr Beteiligung und Entbürokratisierung.

Besonders wichtig war Markus Schön der eindringliche Appell, dass die Kinder- und Jugendhilfe in ihrem System selbst diskutieren müsse, was wichtige Zukunftsaufgaben seien und wie diese bewältigt werden können. Dies bedeute, die Jugendhilfe müsse sich **selber auf den Prüfstand** stellen und u.a. danach fragen, wie die Bereiche Bildung, Jugendhilfe und Gesundheit besser miteinander verzahnt werden können, um betroffenen Familien den Zugang zu Angeboten und Leistungen zu erleichtern. Aber auch, was sie insgesamt leisten kann und wo ihre Grenzen sind.

Eine weitere Fragestellung für die Zukunft sei, inwiefern und auf welche Weise eine **sozialraumorientierte Kinder- und Jugendhilfe und eine sozialräumliche, integrierte Quartiersentwicklung** stärker zusammenarbeiten könnten. Und wie ein „Nebeneinander“ verschiedener fachsektoraler Zugänge in eine von den Zielgruppen **ganzheitlich wahrgenommene Lebenswelt** verringert werden könne. Dies komme insbesondere dem Inklusionsgedanken zu Gute. In diesem Kontext gehe es auch darum, keine Angst zu haben, **Jugendhilfe Angebote neu zu denken**. Schon die immer knapper werdenden Ressourcen und der Fachkräftemangel in der sozialen Arbeit machten die Notwendigkeit sehr deutlich.

Im Austausch mit dem Plenum wurde diskutiert, wie Vertrauen so aufgebaut werden kann, dass eine Verbindung der Gesetze in der Praxis gelingt (z.B. SGB VIII und SGB IX) und eine Entbürokratisierung möglich wird. Eine weitere Schlüsselstelle sei das unterschiedliche Selbstverständnis von Schule und Jugendhilfe. Hier gebe es noch einen Logikbruch im Aufgabenverständnis. Als gutes Beispiel wurde das Krefelder Haus der Bildung genannt, in dem Kita und Grundschule unter einem Dach untergebracht sind.

Inklusive Kinder- und Jugendhilfe mit multiprofessioneller Brille fördern und Systeme verbinden

Blitzlichter aus der Podiumsdiskussion mit Mitgliedern des interdisziplinären Beirats des Dialogforums

- Rolf Diener, Abteilungsleiter „Junge Menschen und Familie“, Senatorin für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration, Freie Hansestadt Bremen
- Daniel Thomsen, Fachbereichsleiter, Jugendamt Landkreis Nordfriesland, Husum
- Janina Bessenich, Geschäftsführerin, Caritas Behindertenhilfe und Psychiatrie e. V., Berlin
- Prof. Dr. Michael Kölch, Direktor, Universitätsmedizin Rostock, Klinik für Psychiatrie, Neurologie, Psychosomatik und Psychotherapie im Kindes und Jugendalter, Rostock, Mitglied im Bundesjugendkuratorium
- Claudia Völcker, Leiterin, Diakonissen Speyer, Kinder- und Jugendhilfe, Speyer.

Die bisher vorgestellten Denkansätze wurden in der Podiumsdiskussion aus unterschiedlichen Perspektiven beleuchtet. Daniel Thomsen verwies darauf, dass in Schleswig-Holstein die Jugendämter seit 2008 für alle Kinder zuständig sind. Es gebe viele Schnittstellen zwischen EGH und Jugendhilfe. Schon jetzt sei viel mehr möglich als in der Praxis aktuell gemacht werde, auch wenn ein Gesetz die Zusammenarbeit erleichtern würde. Die Träger arbeiten kooperativ zusammen, denn es sind die „gemeinsamen Kinder der Region“.

Claudia Völcker konstatierte, wieviel inklusive Arbeit effektiv möglich sei, hänge letztlich an Akteuren (Bsp. Schulzusammenarbeit, „Junges Wohnen“ für 16- 27-Jährige) und sei eine Frage der Haltung. Dies könne manchmal nur schwer verordnet werden, müsse sich entwickeln und sei ein Prozess, der Zeit brauche.

Aus Sicht von Janina Bessenich ist mit Blick auf „Hilfen aus einer Hand“ das größte Problem die fehlende Zusammenarbeit mit dem Gesundheitsbereich. Gesetze sollten als Chance, nicht als Hindernis wahrgenommen und genutzt werden. Wichtig wäre, wenn sich Fachkräfte gegenseitig anerkennen.

Rolf Diener berichtet aus Bremen, dass bereits viele Kitas inklusiv sind, es aber noch viele Baustellen gebe. Systemische Lösungen würden bisher an 15 von 80 Schulen umgesetzt. Es müsse weiter daran gearbeitet werden, wahrzunehmen, was Kinder und Jugendliche mit Beeinträchtigungen wollen. Dies sei in erster Linie, in allen Lebensbereiche dabeizusein. Hierfür brauche es politische Unterstützung für die Inklusion und eine gemeinsame Haltung. Sein Credo: Kinder, egal wie sind, nicht mehr ausgrenzen!

Prof. Michael Kölch stellte fest, dass das gegenseitige Kennenlernen von Haltungen und Bedingtheiten seiner Einschätzung nach besser geworden sei. Es gebe sehr viele Hilfen im System, das verleite zu „Delegation“. Notwendig sei eine bessere inhaltliche Abstimmung und eine Positionsbestimmung, wer was mache. Rolf Diener stimmte dieser Einschätzung zu. In Bezug auf die Reduzierung von Schnittstellen zu Bildung/Schule, Justiz/Polizei, Kinder-Jugendpsychiatrie, gebe es gute Beispiele für Kooperationsvereinbarungen, gemeinsame Pools und gemeinsame Projekte. Nur „Schule“ fehle fast immer, dies sei noch eine Zukunftsaufgabe.

Als Gesprächsergebnis kann festgehalten werden, dass es eine große Übereinstimmung gab, dass der Weg „weg vom Einzelfall hin zu systemischen Lösungen“ richtig sei, (auch) Geld sparen könne und zur Aufhebung der Versäulung im Jugendamt beitrage. Für die Zukunft seien weniger Kosten durch Multiprofessionalität und eine bessere Ressourcenorientierung anzustrebende Ziele. Dabei sei unbedingt darauf zu achten, die Kompetenzen der einzelnen Professionen und der Familien gut zu nutzen. Die größten Experten seien die Familien selbst, daher sollten sie immer an der Hilfeplanung beteiligt werden.

„Der Elefant im Raum“:

Ressortübergreifende Kooperation – zu wenig Zeit für mehr Synergien?

Systemgrenzen sprengen! Rechtsverbindliche systemübergreifende Bezüge und Rahmenbedingungen für mehr Kooperation zwischen den Systemen Jugendhilfe, Schule, Gesundheitswesen schaffen – wie kann das gehen? Eingeladen, hierüber aus ihrem Erfahrungshintergrund zu sprechen, waren:

- **Daniel Thomsen**, Fachbereichsleiter, Jugendamt Landkreis Nordfriesland, Husum
- **Peter Darmstadt**, Referatsleiter, Sächsisches Staatsministerium für Kultus, Dresden und
- **Prof. Dr. Michael Kölch**, Direktor, Universitätsmedizin Rostock, Klinik für Psychiatrie, Neurologie, Psychosomatik und Psychotherapie im Kindes und Jugendalter, Rostock, Mitglied im Bundesjugendkuratorium.

Zum o.g. „Elefanten“ gab es klare Statements, die zusammengefasst folgende Botschaften vermittelten: Es gehe nicht ohne motivierte Mitarbeitende, gute Dokumentation und Investitionen in Fortbildung und Haltung. Ein Manko sei, dass die Kinder- und Jugendhilfe sehr stark auf Einhaltung von Grenzen achte und sich das Vertrauen der Sozialpädagog:innen vor allem auf die eigene Profession richte. Es gebe noch immer wahrnehmbare Ängste der Professionen voreinander. Gemeinsames Lernen und Einsicht sei auf allen Seiten erforderlich, da es eher um Änderungen in der Praxis gehe als um den rechtlichen Rahmen. Hilfreich seien verbindliche Kooperationsvereinbarungen trotz Ressourcenmangel.

In die Zukunft gedacht: Was braucht es für ein gutes Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen?

Über Verteilungsentscheidungen in der Kinder- und Jugendhilfe am Beispiel der Kitaplatzvergabe – wie es ist und wie es sein sollte, sprach **Carsten Schrepf**, Doktorand, Forschungskolleg, Max-Planck-Institut München. Zwei wichtige Erkenntnisse waren, dass die Sicherstellung sachgerechter transparenter Vergabeverfahren nicht ersichtlich sei und Verteilungsgerechtigkeit ein Verteilungskampf in der Kinder- und Jugendhilfe sei. Dies berühre durchaus auch andere Bereiche wie HzE oder Kinderschutz. Einrichtungsleitungen würden oft im Modus „reaktiver Flexibilität“ entscheiden, wer einen Kitaplatz erhalte. Zur Frage, wie dieses Dilemma lösbar sei, sagte Carsten Schrepf, dass eine gewisse Kapazitätserschöpfung anerkannt und Kriterien für eine Platzvergabe definiert werden müssen.

In der **Diskussion** wurde intensiv der Zusammenhang von Kita und Hilfen zur Erziehung thematisiert: Je konkreter die Anspruchsgrundlage, desto eher gebe es Durchsetzungsmöglichkeiten für Anspruchsinhaber:innen. Das Problem der fehlenden Kapazitäten bleibe, aber die Sichtbarkeit von Eltern mit Bedarf bei den Kitas sei größer. Bei Hilfen zur Erziehung sollten Fachkräfte mehr Freiraum bekommen, um geeignete Hilfen und Leistung zu ermitteln. Die soziale Situation von Familien sei ein starkes Vergabekriterium.

Wie gestaltet Kinder- und Jugendhilfe Zukunft? Arbeitsaufträge an uns selbst Vorschläge aus der Praxis

Dr. Andreas Dexheimer, Vorstand und Sprecher der Geschäftsleitung, Diakonie Rosenheim, formulierte zunächst vor dem Hintergrund seiner langjährigen Praxiserfahrungen Herausforderungen bezüglich der zukünftigen Ausgestaltung der Kinder- und Jugendhilfe, die zugleich auch die „Arbeitsaufträge an uns selbst“ darstellen.

Als Herausforderungen charakterisierte er:

- Die einheitliche Umsetzung der bestehenden Standards,
- ressourcenschonende Zusammenarbeit innerhalb der Kinder- und Jugendhilfe,
- rechtskreisübergreifende Zusammenarbeit zum Wohle der jungen Menschen,
- ausreichende finanzielle und personelle Ressourcen,
- Gesamtzuständigkeit der Kinder- und Jugendhilfe,
- Empathieförderung und Demokratiebildung,
- Implementierung einer „erweiterten“ Sozialraumorientierung.

Die Kinder- und Jugendhilfe brauche eine Aufgabenkritik mit Blick auf die letzten 40 Jahre und mit Blick auf die aktuellen Lebensbedingungen. Noch habe die Praxis an vielen Stellen Vollzugsdefizite. Kooperation sei die einzige Chance, diesen Umsetzungsdefiziten zu begegnen, innerhalb der Systeme und systemübergreifend mit anderen Ressorts. Es gehe auch um Verteilungsgerechtigkeit. Große offene „Baustellen“ in diesem Kontext seien z.B. die inklusive Inobhutnahme und die inklusive Jugendarbeit – fehlende Plätze und Einrichtungen, keine barrierefreie Zugänglichkeit, fehlende Kenntnisse von Mitarbeiter:innen im Umgang mit behinderten Kindern und Jugendlichen. Dexheimer mahnte auch mehr ressourcenschonende Zusammenarbeit innerhalb der Kinder- und Jugendhilfe an. Doppelstrukturen und viele Einzelangebote seien unwirtschaftlich, hier seien viel mehr Leistungen aus einer Hand erforderlich. Es gehe insgesamt darum, den Anspruch, den die Kinder- und Jugendhilfe an sich selbst habe, in der Praxis auch einzulösen. Der erweiterte Sozialraumansatz sei mehr als ein neues Schlagwort; er sei die logische Konsequenz aus Inklusionsgebot, alltagsbezogenem Blick, Lebensweltorientierung und stadtentwicklerischen Erfahrungen der letzten Jahrzehnte. Dieser Ansatz übersetze die Flexibilität subjektiv erlebter Räume in eine gemeinsame Planungs- und Handlungsgrundlage, auf der Kinder- und Jugendhilfe, Eingliederungshilfe, Kita und Schule, Polizei und Justiz, Kirchen und Vereine, Stadtplanung und Wohnungswirtschaft bedarfsgerecht kooperieren könnten.

In der Diskussion wünschten sich die Teilnehmenden u.a. mehr Entscheidungskompetenz vor Ort (z.B. Heimaufsicht), eine stärkere Einbeziehung der Selbstvertretungen, eine höhere Relevanz von Prävention sowie eine bessere Finanzierung sozialraumorientierter Hilfen und von fallunspezifischer Arbeit.

„Der Elefant im Raum“: Immer mehr mit immer weniger?

Über das Thema Fachkräftemangel und fehlende Ressourcen und dem Umgang mit dem ganz normalen „Alltagswahnsinn“ referierte **Dr. Kerstin Schröder**, Leiterin des Amtes für Kinder, Jugendliche und Familien, Stadt Nürnberg, und Sprecherin der Konferenz der Leiter:innen der Großstadtjugendämter des Deutschen Städtetages aus dem Blick der Arbeitgeberin.

Als Hintergrundfolie für ihren Vortrag vermittelte Frau Dr. Schröder zunächst einige Fakten: In Nürnberg haben 74% der Kinder einen Migrationshintergrund. Das Jugendamt bietet als „Grundversorger“ die gesamte Palette der Hilfen an und hat 3000 Mitarbeitende. Beansprucht werden etwa 20% des kommunalen Etats der Stadt Nürnberg. Im folgenden stellte sie das in ihrem Amt entwickelte und umgesetzte Konzept und Leitbild „New Work“ vor. Dies beinhaltet u.a. folgende zentralen Aspekte:

- Personalakquise für Kitas wird direkt im Jugendamt gemacht, so kann eine höhere Geschwindigkeit bei Einstellungen erzielt werden.
- Es finden wöchentliche Vorstellungsgespräche statt mit schnellen Entscheidungen.
- Es gibt ausschließlich unbefristete Einstellungen (Fluktuation ist trotzdem hoch).
- Das Jugendamt bildet selbst intensiv aus (Berufspraktikant:innen).
- Es werden flexible Arbeitszeiten und -formen angeboten, z.B. auch in Leitungsfunktionen geteilte Leitungen wahrzunehmen oder die Möglichkeit im Rentenalter weiterzuarbeiten.
- Wichtig sind Haltung und Vorbild (mittlere Führungsebene).
- Die Organisation der Arbeit wird in die Teams gegeben.
- Flankierend gibt es Coachingmodelle mit externen Fachkräften, die beraten.
- Es werden Kompetenzprofile für Leitungsstellen als Bestandteil von Personalentwicklung erarbeitet, um Hemmschwellen (auch im eigenen Amt) für Bewerbungen zu senken.

Mit diesen Maßnahmen gebe es gute Chancen, neue Fachkräfte zu gewinnen und zu halten.

Harith Krenitz, Jugendamt Berlin-Mitte und Beiratsmitglied der Bundesarbeitsgemeinschaft des ASD e.V. (BAG ASD), stellte die Vorgehensweise der BAG ASD auf dem gemeinsamen Weg zu den Entscheidungsgremien in die Politik und Fachwelt vor. Zentrale Forderungen sind eine Fachkräfteinitiative, die Priorisierung der Aufgaben und die Begrenzung des Aufgabenzuwachses, Kinderschutz muss Priorität haben. Zur Durchsetzung dieser Ziele wurde u.a. ein Expertenrat mit Vertreter:innen von Fachverbänden der Kinder- und Jugendhilfe, der Politik, Vertreter:innen von Fachverbänden der Menschen mit Beeinträchtigungen, dem Beirat der BAG ASD und Geschäftsführungen der Kinderschutzzentren eingerichtet. Ziel ist die Entwicklung eines Aktionsplans zur Umsetzung der Forderungen des Nationalen Kinderschutzgipfels aus 04/2024. Diese bestehen aus Sofortmaßnahmen, der Gründung einer Enquêtekommision sowie der Berufung einer bzw. eines Kinderbeauftragten beim Bund. Gesprochen wurde auch darüber, warum es sich trotz schwieriger Rahmenbedingungen lohne, im ASD zu bleiben. *Dabei gehe es um selbstbestimmtes Arbeiten, Beziehungsarbeit, vielfältige und abwechslungsreiche Aufgaben, Gestaltungsspielraum, Entwicklung, Lebenswege begleiten – sinnstiftend, Jugendhilfe mitgestalten, Möglichkeit der Beteiligung der Mitarbeitenden, greifbare Hilfen für Kinder und Familien, Lebenswege begleiten, Jugendhilfe mitgestalten, Teamarbeit, tolle Kolleg:innen....*

Dies war zugleich eine gute Überleitung in die offene Abschlussdiskussion – **Zukunft ist jetzt!** Auch hier wurde noch einmal betont, dass es eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe sei, Kindern ein bestmögliches Aufwachsen zu ermöglichen und dass hierfür Verantwortung übernommen werden müsse, nicht nur von Fachkräften. Gebraucht würden Menschen, die sich zum Anwalt von Kindern machten. Dies noch einmal mehr ins Bewusstsein zu rücken, damit zukünftig Kinder keine Minderheit mehr ohne Schutz sind, ist eine zentrale Botschaft aus dieser Veranstaltung, wo jeder tatsächlich bei sich selbst anfangen kann.